L1NEU eingefügt Ä1 BÜNDNISGRÜNE Wirtschaftspolitik in Sachsen neu denken - mit Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Effizienz und Krisenfestig-keit in die Zukunft

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	02.03.2023
Tagesordnungspunkt:	3. Leitantrag

Antragstext

Die Corona-Pandemie und die Energiepreiskrise stellten die sächsische Wirtschaft vor große Herausforderungen, die nachwirken. Wir brauchen eine erfolgreiche Wirtschaft mit resilienten und zukunftsfähigen Unternehmen in den Schlüsselbranchen der Zukunft, um der Menschheitsaufgabe Klimaschutz auch hier in Sachsen wirksam begegnen zu können. In den letzten Wochen und Monaten haben die sächsischen Unternehmen große Anstrengungen unternommen, um die kurzfristigen Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine einzudämmen und sich zugleich zukunftsfest aufzustellen. Wir BÜNDNISGRÜNE erkennen die Leistung der sächsischen Wirtschaft und des Handwerks an und wollen Partnerin in Zeiten von Veränderungen sein. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat hierfür einen Rahmen gesetzt und deutlich gezeigt, dass der Wohlstand des Landes maßgeblich von einer zukunftsfähigen und resilienten Wirtschaftsstruktur abhängt. Daran wollen wir auch hier im Freistaat Sachsen anknüpfen.

Grundsätze BÜNDNISGRÜNER Wirtschaftspolitik in Sachsen

Die Bedürfnisse der Menschen und Unternehmen in Sachsen sind vielfältig. Eine Reihe von Bedürfnissen bezieht sich auf die Inanspruchnahme materieller Güter, Ressourcen und sonstiger Dienstleistungen. Diese möglichst effektiv und ressourcenschonend bereitzustellen, zu behandeln und zu produzieren ist eine wesentliche Aufgabe unseres Wirtschaftssystems.

Ziel ist dabei eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaft, die sich ihrer eigenen Grundlagen nicht beraubt. Der Fokus BÜNDNISGRÜNER Wirtschaftspolitik liegt darauf, dafür die notwendigen Rahmenbedingungen zu setzen und Anreize zur Entwicklung zu geben.

BÜNDNISGRÜNE Wirtschaftspolitik orientiert sich dazu anfolgenden vier Grundsätzen:

- Der Nachhaltigkeit: Unsere Lebensweise und damit auch unser Wirtschaften kann die Ressourcen unseres Planeten nicht überfordern. Ein intakter Planet bildet die Grundlage für nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand - heute und in der Zukunft. Die großen ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen müssen dabei zusammen gedacht werden.

- Dem gerechten Miteinander: Menschen wollen mitgenommen werden. Dabei geht es um die wirtschaftlichen Bedürfnisse des alltäglichen Lebens ebenso wie um gesellschaftliche Teilhabe. Von dem Wohlstand, den wir als Gesellschaft hervorbringen, müssen die Menschen angemessen profitieren. Denn es sind die Menschen, die mit ihrer Arbeitskraft und ihrer Kreativität erst die Grundlage allen wirtschaftlichen Erfolges schaffen.

- Der Effizienz: Eine effiziente Wirtschaftspolitik setzt die Rahmenbedingungen für gute, nachhaltige und zukunftsfähige Produkte und

Dienstleistungen. Effizientes Wirtschaften heißt für uns, unter einem möglichst geringen materiellen und zeitlichen Aufwand langlebige Lösungen bereitzustellen. Das bedeutet zu einem Preis zu produzieren, der die tatsächlichen Kosten abbildet. Der Preis eines Produktes muss dabei immer die Kosten für die gesamte Gesellschaft und auch für das Klima und die Umwelt erfassen. Schlechte Billigprodukte zu einem hohen Preis fürs Klima, die Umwelt und damit für uns alle haben mit effizientem Wirtschaften nichts zu tun.

- Der Krisenfestigkeit: Eine krisenfeste Wirtschaft ist die Voraussetzung für Wohlstand in der Zukunft. Resilienz bedeutet sowohl die Unabhängigkeit von kriegstreibenden Unrechtsstaaten, als auch von den Folgen des Klimawandels, die es abzuwenden gilt. Nur eine Wirtschaft, die auf die Nutzung von Erneuerbaren Energien zurückgreift, zur Wertschöpfung in der Region beiträgt und stabile und faire Lieferketten nutzt, lässt sich nicht erschüttern.

Unsere BÜNDNISGRÜNE Wirtschaftspolitik, die auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Effizienz und Krisenfestigkeit setzt, füllt eine sozial-ökologische Marktwirtschaft mit Leben. Dabei nehmen wir alle Bereiche in den Blick: ob Handwerk, Industrie, Landwirtschaft, Handel oder den Dienstleistungssektor.

Herausforderungen für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik

Eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert muss die ökologischen Anforderungen in den Blick nehmen. Klar ist: Nur eine intakte Erde mit guten Umwelt- und Klimabedingungen ermöglicht ein dauerhaftes Angebot von Gütern und Dienstleistungen. Der ökologische Umbau unserer Wirtschaft ist bereits angelaufen. Was es jetzt für die Unternehmen, für den Mittelstand und für das Handwerk braucht, ist Verlässlichkeit und Planbarkeit: Verlässlichkeit im Sinne klarer Rahmenbedingungen und Zielsetzungen, die Planbarkeit für die vielen kreativen und klugen Kräfte in diesem Land erst ermöglicht. Die wesentlichen Herausforderungen sind dabei die Umstellung unserer Stromversorgung auf 100% Erneuerbare Energien, die Dekarbonisierung, die Steigerung der Ressourceneffizienz und -suffizienz und die Etablierung eines modernen Kreislaufwirtschaftssystems. Eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik gestaltet den Rahmen für den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und trägt zugleich dazu bei, dass wir das kreative Potential - vom sächsischen Handwerk bis zum hippen internationalen Startup - in allen Teilen des Landes entfalten.

Fachkräftegewinnung als zentrales Ziel für Wirtschaft und Gesellschaft

Der Fachkräftemangel ist neben einer gelingenden Energiewende die größte Herausforderung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Sachsen. Dieser ist in zahlreichen Branchen heute schon akut und zeigt sich in Sachsen und den neuen Bundesländern besonders stark. Die Schlüsselbranchen der sächsischen Wirtschaft - von Mikroelektronik über den Maschinenbau bis hin zu Logistik und Zulieferindustrie - müssen auch in 20 Jahren noch Garant für wirtschaftlichen Wohlstand in Sachsen sein. Mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht ist ein erster wichtiger Schritt getan: Die jahrelang bestehende Unsicherheit für Arbeitskräfte hinsichtlich ihres Aufenthalts wird damit beendet. Dies gibt vor allem den kleinen und mittelständischen Unternehmen die dringend benötigte Handlungs- und Planungssicherheit und schafft positive Anreize für eine

gelingende Arbeitsmarktintegration. Zu einer wirklich erfolgreichen Perspektive für einen inklusiven Arbeitsmarkt der Zukunft gehört jedoch noch mehr. Zentral sind neben einer gesamtgesellschaftlichen Kultur der Offenheit die einfache Anerkennung ausländischer Abschlüsse, eine digitalisierte Verwaltung und faire Arbeitsbedingungen einschließlich guter Löhne.

Eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt des Wirtschaftsstandortes Sachsen ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Bundesregierung hat ambitionierte Maßnahmen ergriffen, um deren Ausbau voranzubringen. Wir dürfen hier den Anschluss nicht verpassen: Die Anlagen müssen installiert und gewartet werden, wodurch zahlreiche neue Jobs entstehen werden. Unter BÜNDNISGRÜNER Regierungsbeteiligung haben wir im Freistaat den Hebel umgelegt. Die gesetzlichen Weichen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sind neu gestellt und Sachsen wird nun endlich vom Energiewende-Schlusslicht zum Vorreiter. Was es zusätzlich braucht, sind gut ausgebildete Menschen, die nicht nur technische Zusammenhänge verstehen, sondern auch Finanzbuchhaltung, Marketing, Personalwirtschaft und vieles mehr im Blick haben. Die Fort- und Weiterbildung von so dringend benötigten Fachkräften ist zentral. Sachsen darf den Job-Boom bei den Schlüsselindustrien der Zukunft nicht verpassen, gerade vor dem Hintergrund, dass die Europäische Union plant, die Solarproduktion Made in Europe wieder aufleben zu lassen. Ein moderner und inklusiver Arbeitsmarkt der Zukunft schafft zudem die Voraussetzung dafür, dass sich insbesondere Frauen mit ihren Ideen und Projekten verwirklichen können. Dazu gehört neben einer chancengerechten Aus- und Weiterbildung auch die Schaffung der entsprechenden Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie einen schnellen Wiedereinstieg ins Berufsleben.

Die letzten Jahre haben deutlich gezeigt, dass gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne eine gute wirtschaftliche Entwicklung fördern. Die Zeiten, in denen man in Sachsen mit niedrigen Löhnen als Standortfaktor werben konnte, sind längst vorbei. Starke Gewerkschaften konnten in letzter Zeit gute Tarifverträge abschließen. Wir setzen auf die Förderung guter Arbeitsbedingungen und die Stärkung der Tarifbindung. Eine gelebte Sozialpartnerschaft ist der Grundstein für eine erfolgreiche soziale und ökologische Marktwirtschaft.

Um diesen großen Herausforderungen zu begegnen, stehen uns folgende wesentliche Handlungsfelder zur Verfügung, die wir auf Landes- und Bundesebene aber auch europaweit mit Leben füllen:

- Ein starker gesetzlicher Ordnungsrahmen
- Die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur
- Hohe Standards bei öffentlicher Vergabe und Förderung

STARKER UND VERLÄSSLICHER GESETZLICHER ORDNUNGSRAHMEN

Die ökologischen Herausforderungen des Klimawandels kann ein Markt ohne Ordnungsrahmen nicht bewältigen. Es war eine undurchdachte und fehlgeleitete Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte, die zu stark auf kurzfristige Gewinne, statt auf nachhaltige Innovation und Krisenfestigkeit gesetzt hat. Wir setzen die Leitplanken um innovativen Wettbewerb zu fördern, Anreize für Eigeninitiativen zu geben und zugleich die Zielrichtung ordnungspolitisch sicherzustellen. Damit schaffen wir den Raum, in dem sich das kreative Potential

unternehmerischen Handelns verantwortungsvoll entfalten kann. Eine Entschiedenheit in den Zielen ermöglicht eine flexible, lernfähige und innovationsoffene Umsetzung unserer Ziele der Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Effizienz und Krisenfestigkeit.

Kohleausstieg in Sachsen als ökonomische Realität

Klimaschutz und Kohleausstieg werden vor Ort und in den Regionen gestaltet. Dennoch ist der Schutz unseres Klimas ein globales Thema. Für uns in Sachsen ist daher ein funktionierender europäischer Rechtsrahmen zentral.

Im letzten Jahr gab es eine historische Einigung zwischen dem EU-Parlament und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Im Zentrum dieser Einigung steht der europäische Emissionshandel, der eine absolute Menge an CO_2 festlegt, die in der Europäischen Union noch ausgestoßen werden darf. Dieser umfasst die Bereiche der Energieerzeugung und der Industrieproduktion ebenso wie den Verkehrs- und Gebäudebereich. Braunkohle als CO_2-intensivster Energieträger ist jetzt schon teuer, nur durch indirekte Subventionen noch rentabel. Kohlestrom wird in der Zukunft immer teurer und unwirtschaftlicher werden. Der ökonomische Druck ist hoch: Der Emissionshandel in der EU wird auch in Sachsen zu einem Kohleausstieg deutlich vor 2038 führen. Auch im Freistaat Sachsen wird unter BÜNDNISGRÜNER Regierungsbeteiligung ein Paradigmenwechsel in einer jahrzehntelang stockenden Energiepolitik eingeleitet: Wir weisen schneller Flächen für Windräder aus, als es das schon ambitionierte Bundesgesetz vorsieht. Wer sich jetzt noch starr an das Ausstiegsdatum 2038 klammert und die Gesetzmäßigkeiten des Energiemarktes ausblendet, setzt die Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft und Industrie aufs Spiel. Für einen geordneten Kohleausstieg idealerweise bereits 2030 sind jetzt alle Hebel in Bewegung zu setzen. Wir wollen, dass alle Akteur*innen, die in Sachsen die Energiewende gestalten, Planbarkeit und Investitionssicherheit haben – von Stadtwerken und Bürgerenergiegesellschaften über Projektentwickler*innen für Windparks bis hin zu den Kommunen, die von den Erlösen der Windanlagen in ihrer Region profitieren können.

„Echte Preise“ heißt Berücksichtigung der Lebenszykluskosten

Der Preismechanismus ist das wesentliche dezentrale Element einer effizienten Herstellung und Verteilung von Leistungen. Es ist jedoch notwendig, dass die Preise auch die tatsächlichen für das Gemeinwohl entstehenden Kosten beinhalten. Insbesondere die zukünftigen Kosten, soziale Kosten wie auch die Kosten für Klima und Umwelt wurden in der traditionellen Preisbildung lange ignoriert, verdrängt oder als Gesellschaft getragen. Dies ist weder effizient noch nachhaltig, da die Folgen des Klimawandels heute schon deutlich ans Tageslicht treten und auch finanziell zu Buche schlagen. Es ist zentral, dass Kosten im Preis eines Produktes abgebildet und berücksichtigt werden, statt sie alleine auf die Bürger*innen sowie unsere Umwelt abzuwälzen. Daher ist es auch so entscheidend, dass die CO_2-Bepreisung im nationalen oder europäischen Emissionshandel auf alle Sektoren ausgeweitet wird. Wenn der Ordnungsrahmen so gesetzt ist, dass Preise die ökonomischen und gesellschaftlichen Kosten beinhalten, beginnt ein effizienter CO_2-Vermeidungswettbewerb als großer Treiber für Innovation und Nachhaltigkeit.

Finanzierungsrahmen und Steuern für eine krisenfeste Wirtschaft

Um die sächsische Wirtschaft krisenfest aufzustellen, braucht es heute und in der Zukunft zielgerichtete öffentliche Investitionen. Die Höhe der staatlichen Investitionen muss abhängen von den Erfordernissen der Realität. Öffentliche Investitionen dürfen mit Blick auf ihre Innovationskraft nicht über- aber auch nicht unterschätzt werden. Klar ist: Der öffentlichen Hand kommt die Steuerungsfunktion zu, Investitionen gezielt in den Bereichen einzusetzen, die von gesamtgesellschaftlichem Interesse sind. Dazu zählen etwa die Transformation unserer Infrastruktur, die besten Bedingungen für gute Bildung in Sachsen oder eine hinreichende Anschubfinanzierung für die grünen Technologien des 21. Jahrhunderts. Es muss uns durch kluge ordnungspolitische Maßnahmen gelingen, private Investitionen anzustoßen, die am Ende auf das Ziel der Nachhaltigkeit und Resilienz einzahlen.

Eine dogmatische Finanzpolitik darf nicht dazu führen, dass notwendige Investitionen in die Krisenfestigkeit der sächsischen Wirtschaft auf der Strecke bleiben. Es braucht daher eine moderne sächsische Finanzverfassung, die diesen Aufgaben gerecht wird. Wir müssen den Freistaat in die Lage versetzen, in Zeiten konjunktureller Abschwünge handlungsfähig zu bleiben und bestehende Investitions- und Instandhaltungsstaus aufzulösen. Zudem ist der Freistaat Sachsen in Krisenzeiten - wie der aktuellen Energiepreiskrise - in der Verantwortung, seine Unternehmen zu begleiten und zu unterstützen. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen über die Anpassung der sächsischen Schuldenbremse im Rahmen des Grundgesetzes einen konjunkturfesten staatlichen Einnahmerahmen sicherstellen. Diesen braucht es für zwingend notwendige Investitionen in die Zukunft, die langfristig zu planen und auszusteuern sind, ebenso wie für die Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten. Auch wenn es uns durch kluge Ordnungspolitik gelingt, private Investitionen anzustoßen, sind Herausforderungen für den Landeshaushalt zu erwarten. Hier gilt es durch entsprechende Prioritätensetzung sowie permanente Aufgaben- und Organisationsevaluationen für die notwendigen Rahmenbedingungen zu sorgen.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die Diskussion über eine wirklich ökologische Steuerreform, ergänzt um die soziale Dimension, auf Bundesebene wieder zu beleben. Dabei geht es nicht nur um die Frage der Besteuerung hoher leistungsloser Einkommen, sondern auch um die Sicherung der unternehmerischen Investitionsfähigkeit. Zudem ist die steuerliche Abzugsfähigkeit klima- und umweltschädlicher Ausgaben sowie die Rückführung entsprechender Subventionen in den Blick zu nehmen. Über die klimagerechte Ausgestaltung direkter Energiesteuern, die schädliche Emissionen mit steigenden Tarifen belasten und eine steuerliche Förderung von unternehmenseigenen Forschungen und Entwicklungen, können wir die Wirtschaft nachhaltig und zukunftsfest aufstellen.

Kreislaufwirtschaft: Nachhaltigkeitsgarant mit Innovationskraft

Unsere Wirtschaftsweise baut aktuell auf einem enormen Ressourceneinsatz. Das sind nicht nur Rohstoffe in einem Umfang, deren Exploration mit vielfältigen ökologischen und sozialen Problemen verbunden ist, sondern insbesondere auch Flächenversiegelungen. Unser Ziel ist klar: Um unsere Lebensgrundlagen auch für zukünftige Generationen zu erhalten, ist es notwendig unseren Verbrauch primärer natürlicher Ressourcen auf ein Minimum zu reduzieren und nachwachsende Rohstoffe höchstens in dem Maß zu verbrauchen, wie sie sich regenerieren. Der absehbaren Rohstoffverknappung setzen wir also eine intensive Förderung der Kreislaufwirtschaft entgegen. Wir wollen bestehende Cluster weiter ausbauen und

innovative Produkte bis zum Markthochlauf unterstützen. Gleichzeitig sind Stoffströme in unseren Produktionsketten zu schließen und die Nutzung von Rest- und Abfallstoffen zu perfektionieren. Dies ist eine zentrale Voraussetzung für die schrittweise Dekarbonisierung unserer Produktionsweise.

INFRASTRUKTUREN FÜR EINE WIRTSCHAFTS- UND INDUSTRIEPOLITIK IM 21. JAHRHUNDERT

Aufgabe des Staates ist es, allen gesellschaftlichen Akteur*innen die jeweils bestmöglichen nachhaltig betriebenen Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Dies ist sowohl für unternehmerische Tätigkeiten als auch für jede*n Einzelne*n zentral. Eine gute Infrastruktur ist heute schon deutlich mehr als nur die sogenannten klassischen grauen Infrastrukturen der letzten Jahrzehnte. Unser BÜNDNISGRÜNES Verständnis von Infrastruktur im 21. Jahrhundert schließt etwa den Ausbau Erneuerbarer Energien und den damit verbundenen Ausbau von Speicherkapazitäten, eine funktionierende digitale Infrastruktur oder eine exzellente Forschungslandschaft in den Schlüsselindustrien der Zukunft ein. Beim Ausbau der Stromnetze und der zugehörigen Speicherinfrastruktur als Folge des Umstieges auf Erneuerbare Energien braucht es Planungssicherheit und einen verlässlichen Ordnungsrahmen.

Wenn es um Industrieansiedelungen und Unternehmensinvestitionen von außen geht, bevorzugen wir BÜNDNISGRÜNE einen Gestaltungsansatz. Wir warten nicht auf Unternehmen, die auf der Suche nach der bestsubventionierten Produktionsstätte sind und verwenden unsere knappen Ressourcen dafür, entsprechende Bedingungen zu schaffen. Wir wollen vielmehr die ökologischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich die Ideen der Menschen hier vor Ort unternehmerisch entfalten können. Dafür investieren wir in Köpfe und unterstützen prioritär die Gründung und das Wachstum im Land verwurzelter Unternehmen, unabhängig davon, welchen betriebswirtschaftlichen Ansatz sie verfolgen.

Verkehrs- und Mobilitätswende für Wirtschaft und Industrie

Die arbeitsteilige Organisation von Produktions- und Dienstleistungsprozessen führt zu mehr Effizienz und einem verbesserten Ressourceneinsatz. Sie führt allerdings auch dazu, dass zwischen Produzent*innen und Abnehmer*innen zum Teil große Distanzen zu überwinden sind. Mit der privaten Mobilität führt dies insgesamt dazu, dass der Verkehrssektor wesentlich zu Emissionen, allen voran Schadstoffen und Lärm, beiträgt. Im Bereich der Infrastrukturen bestehen hier erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten. Dies betrifft die Gewährleistung eines verlässlichen und kundengerechten Öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs ebenso wie die Verringerung von Individualtransporten beispielsweise durch den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur. Durch die Nutzung digitaler Möglichkeiten können Dienstreisen zurückgefahren werden und eine Zusammenarbeit dennoch auf höchstem Niveau gewährleistet werden. Die Nutzung digitaler Möglichkeiten, insbesondere im Hinblick auf Vernetzung, Schnelligkeit und den Einsatz sogenannten Künstlicher Intelligenz kann helfen, wirtschaftsbedingte Verkehre zu vermindern und dennoch keine Einschränkungen oder Verzögerungen im Produktionsprozess hinnehmen zu müssen. Wir sehen zugleich, dass die Industrie und im Besonderen viele Handwerks-, Dienstleistungs- und Logistikunternehmen beim Transport auf die Nutzung motorisierter Fahrzeuge angewiesen sind. Dieser wird zukünftig in weiten Teilen elektrisch und im Transportbereich auch auf Wasserstoffbasis umgesetzt. Der Aufbau einer entsprechenden Lade- und

Tankstelleninfrastruktur ist dafür unerlässlich - insbesondere in den ländlichen Regionen. Für das Gelingen der Antriebswende muss die preisliche Attraktivität der E-Mobilität gegenüber fossil angetriebenen Fahrzeugen weiter gesteigert werden.

Digitalisierung und Digitalwirtschaft

Die technische Verarbeitung von Daten ist ein Prozess, der alle Lebensbereiche betrifft und auch die Art unseres Wirtschaftens maßgeblich verändert. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung nutzen und digitale Prozesse fruchtbar machen: für eine nachhaltige Gestaltung unserer Gesellschaft in Feldern wie der dezentralen Produktion von Energie, systemdienlicher und nutzen-orientierter Mobilitätssysteme, Kooperation ländlicher und urbaner Räume oder politischer Transparenz und Teilhabe. Die Beschleunigung von Verwaltungshandeln durch die Vereinheitlichung und Digitalisierung von Verfahren betrachten wir ebenso wie die flächendeckende Bereitstellung von leistungsstarker digitaler Infrastruktur als wichtige Voraussetzungen für eine moderne wirtschaftliche Entwicklung. Für uns gilt, die laufenden Prozesse der Digitalisierung gezielt im Sinne der Gesellschaft auszurichten. Wir fördern die Entwicklung der Digitalwirtschaft unter konsequenter Bewahrung von Freiheits- und Bürgerrechten und unter Ausschluss von Diskriminierung durch algorithmische Datenverarbeitung. Digitale Prozesse und Produkte sind transparent zu gestalten und auf der Basis offener Standards zu entwickeln, um die Souveränität der Bürger*innen und Gesellschaft zu stärken.

Bürokratieabbau als Garant für Investitionen

Ein zentrales Ziel der staatlichen Ausgabenpolitik muss es sein,Möglichkeiten von Planungs- und Umsetzungsbeschleunigungen zu identifizieren und umzusetzen, ohne Standards und Beteiligungsrechte auszuhebeln. Verwaltungsverfahren müssen so schnell wie möglich und so genau wir nötig durchgeführt werden. Wesentlich ist dabei, dass Antragsteller*innen die Ausgestaltung der Verfahren als partizipativ und nicht als hemmend oder verhindernd empfinden. Möglich wird dies beispielsweise durch einheitliche Ansprechpartner*innen, Lotsen aber auch durch die Nutzung digitaler Möglichkeiten, die den Datenaustausch zwischen den Beteiligten sicherstellen und gleiche Informationen, die für verschiedene Teilbewertungen notwendig sind, nur einmal zu übermitteln.

Unter BÜNDNISGRÜNER Regierungsbeteiligung hat der Freistaat Sachsen unter anderem eine Veränderung der Förderpolitik des Freistaats angestoßen, die Bürokratieabbau als zentrales Element beinhalten wird.

Erneuerbare Energien als Standortfaktor

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist bereits heute ein entscheidender Standortfaktor. Gerade energieintensive Unternehmen benötigen in großem Umfang Strom und Wärme. Erneuerbare Energien sind die einzigen Energieträger, die dauerhaft zu günstigen Preisen, klimaneutral und unabhängig von internationalen Rohstofflieferungen bereitstehen. Wirtschafts-, Energie- und Klimapolitik müssen daher zukünftig noch stärker gemeinsam gedacht werden.

Wichtige gesetzliche Weichen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sind bereits neu gestellt. Sachsen hat nun die Chance den bisher verschlafenen Ausbau aufzuholen, um weiter Energie- und Industrieland zu bleiben. Dazu braucht es ein klares Bekenntnis zur Energiewende im gesamten demokratischen Spektrum der

sächsischen Politik, um das Vertrauen der Wirtschaft zu stärken und langfristige Investitionssicherheit herzustellen.

Um ein zielgerichtetes energie- und klimapolitisches Handeln hin zur Klimaneutralität in den nächsten Jahren zu ermöglichen, müssen dringend Szenarien für die notwendige Transformation der sächsischen Energieversorgung erarbeitet werden. Die Szenarien müssen konkrete Zielkorridore für den Ausbau verschiedener regenerativer Stromerzeugungstechnologien, die Installation von Speichern, den notwendigen Netzausbau, den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft sowie Aspekte der Sektorenkopplung (insbesondere Wärmepumpen und E-Mobilität) beinhalten und sich an den konkreten Bedarfen von Bürger*innen und Industrie ausrichten. Die Szenarien müssen selbstverständlich im Einklang mit nationalen und internationalen Klimaschutzbestrebungen sein. Die Festlegung eines solchen Transformationspfades schafft Vertrauen in die Stabilität von Rahmenbedingungen und erhöht somit die Planungssicherheit für die Akteur*innen der Energiewende: Privatpersonen, Mieter*innengemeinschaften, Kommunen, Firmen, die für den Eigenverbrauch produzieren und Überschüsse einspeisen ebenso wie Bürgerenergiegenossenschaften und klassische Energieversorgungsunternehmen. Besonders wichtig ist hierbei, der Vielfalt der Akteur*innen attraktive und faire Bedingungen zu bieten, damit die Energiewende ihr Potential zur Demokratisierung, Dezentralisierung und damit Stabilisierung unserer Energieversorgung entfalten kann. Gleichzeitig ist der Transformationspfad die Messlatte für das Erreichen der Energiewende- und Klimaschutzziele. Somit muss sichergestellt werden, dass die bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen wie z.B. Flächenverfügbarkeit und Dauer von Genehmigungsverfahren den Transformationspfad ermöglichen. Bei Zielabweichung müssen entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen und Hemmnisse schnellstmöglich beseitigt werden.

Wasser als industrierelevante Ressource

Moderne Industrien, insbesondere im Bereich der Halbleiter- und Informationstechnologie, sind in hohem Maße wasserintensiv. Sie verbrauchen Wasser und produzieren Abwasser in erheblicher Menge. Am Wasserhaushalt macht sich der fortschreitende Klimawandel hier vor Ort deutlich bemerkbar: langanhaltender Dürre und kurze, heftige Unwetterereignisse treten auch in Sachsen immer häufiger auf. Die sichere Bereitstellung von Frischwasser und die sachgerechte Aufbereitung und Ableitung von Abwässern werden auch für die Wirtschaft zu immer bedeutenderen Standortfaktoren und Infrastrukturanforderungen. Dieser zunehmenden Herausforderung müssen wir uns stellen und die „Grundsatzkonzeption öffentliche Wasserversorgung 2030 für den Freistaat Sachsen“ mit Leben füllen und umsetzen.

HOHE STANDARDS BEI ÖFFENTLICHER VERGABE UND FÖRDERUNG

Im Rahmen einer funktionierenden Ordnungspolitik kann der Staat als wirtschaftspolitischer Akteur bei entscheidenden Weichenstellungen eine zentrale Funktion einnehmen. Staatliche Investitionen oder Beschaffungen müssen als Initialzündungen für nachhaltige, zukunftsfähige und resistente Güter oder Methoden dienen und zu ihrer Marktreife beitragen. Auch direkte Zuschüsse an Unternehmen können in der richtigen Ausgestaltung zur Erreichung unserer ökologischen, ökonomischen und sozialen Ziele beitragen. Ziel dieser Aktivitäten ist die Entwicklung ressourcen- und klimaschonender Technologien und Produkte.

Beschaffungspolitik als Steuerungselement

Öffentlichen Finanzmitteln kommt eine Steuerungsfunktion zu. Der Wert des Beschaffungsvolumens öffentlicher Stellen beträgt ca. 10% des Bruttoinlandsproduktes, wodurch auf den öffentlichen Auftraggeber eine hohe Marktmacht entfällt. Diese ist im Sinne der gesellschaftlichen Zielsetzung ökologischer, sozialer, effizienter und krisenfester Märkte einzusetzen. Es ist für die Menschen und die Unternehmen des Landes ein Verlust, wenn Steuergeld in veralteten fossilen Technologien des letztens Jahrhunderts versenkt wird. Deshalb gilt es weiterhin, ambitioniert an einer gesetzlichen Grundlage zur Vergabe öffentlicher Gelder zu arbeiten und diese zeitnah in die Umsetzung zu bringen. Eine moderne Vergabepolitik orientierte sich dabei an den besten ökologischen und sozialen Standards sowie dem Kriterium der Tariftreue und kann damit entscheidend zur Entwicklung effizienter und resilienter Wirtschaftsstruktur im Freistaat beitragen.

Förderpolitik als zentraler Hebel

In einem marktwirtschaftlichen Umfeld ist die staatliche Förderpolitik dann ein zentraler Hebel, wenn sie in der Lage ist, aktuelle Trends zu erkennen und im Hinblick auf die verfolgten gesellschaftlichen Ziele zu verstärken. Dafür ist wichtig, dass staatliche Fördermaßnahmen an Unternehmen Anforderungen erfüllen, insbesondere mit Blick auf den entscheidenden Grundsatz der Gleichbehandlung. Durch eine fehlgeleitete oder undurchdachte Förderpolitik hingegen können eigentlich nicht tragfähige Geschäftsmodelle verstetigt werden und damit Gewöhnungseffekte eintreten. Diese verdrängen wettbewerbsfähigere Unternehmen und verschwenden wertvolle Ressourcen. Auf der anderen Seite setzen sich wirklich bahnbrechende Innovationen regelmäßig nicht allein über marktwirtschaftliche Mechanismen durch. Sie müssen erst politisch flankiert werden.

Investitionen in vollkommen neue, innovative Bereiche, sogenannte Pionierinvestitionen, insbesondere im Bereich des Mittelstandes, sind der Garant für eine gute wirtschaftliche Entwicklung - auch im Freistaat Sachsen. Diese Pionierinvestitionen müssen wir gerade in der Anlaufphase unterstützen. Denn so entstehen nicht nur international konkurrenzfähige, innovative Produkte, es entsteht auch innovative Wertschöpfung in den Strukturwandelregionen - Regionen, in denen es auf das kreative Potential der Menschen ankommt.

Die Pionierinvestitionen sind in der Anlaufzeit häufig noch nicht rentabel. Hohe Markteintrittskosten gehen zunächst oft mit Verlusten einher, die aus der unternehmerischen Nutzung noch nicht ausgeglichen werden können. Der Durchbruch neuer Technologien ist häufig an die Schaffung von Voraussetzungen gebunden, die nicht alleine an Unternehmer*innen hängen kann. Innovations- und Investitionszyklen verlaufen nicht linear: In genau diesen Fällen kommen zur Überbrückung bis zur Marktfähigkeit auch Zuschüsse oder Steuererleichterungen in Betracht. Damit erhalten wir die Produktion von innovativen Technologien hier in Sachsen und verhindern zudem eine der Verlagerung der Produktion in andere Regionen.

Staatliche Forschungsförderung

Die ökologische Transformation unserer Wirtschaft kann nur gelingen, wenn wir den Umstieg auf Erneuerbare Energien mit Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit verbinden und wenn wir die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen so effizient wie möglich nutzen. Wenn wir es schaffen, die dazu notwendigen Innovationen zu

entwickeln, haben wir die Chance, eine verwurzelte, tragfähige und leistungsfähige Wirtschaftsstruktur aufzubauen. Dabei ist es wichtig, Trends im Auge zu behalten und auf ihre Möglichkeiten für das Gelingen der ökologischen Transformation abzuklopfen. Das betrifft vor allem aktuelle Innovationstreiber wie Techniken der Künstlichen Intelligenz, der Kybernetik und der Bionik, die Nutzung von Wasserstoff und anderer grüner Energieträger, die E-Mobilität sowie die Übertragung, Verteilung und Speicherung Erneuerbarer Energien, Nutzung nachwachsender Roh- und Werkstoffe, Nutzung der 3D-Drucktechnik und nicht zuletzt die Biotechnologie.

Das schließt auch temporäre gesellschaftsrechtliche Beteiligungen oder andere direkte Förderungen von Unternehmensgründungen oder -wachstum mit ein. Das passiert schon heute, wir müssen dabei allerdings mutiger werden und dürfen kurzfristige Mehraufwände nicht scheuen, da ein Erfolg innovativer Ideen unsere Gesellschaft und Wirtschaft entscheidend voranbringen wird. Beim Betreten von Neuland ist der richtige Umgang zentral. Dieser muss Erfahrungen und Erkenntnisse sammeln und für andere Projekte nutzbar machen.

Klar ist: wir brauchen weiterhin starke und erfolgreiche Unternehmen im Freistaat Sachsen. Wir als BÜNDNISGRÜNE wollen alle wirtschaftlichen Akteur*innen, insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen, bei der ökologischen Transformation unterstützen. Wenn es uns gelingt, unsere Industriepolitik den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts endlich anzupassen, kann Sachsen einen entscheidenden Beitrag zu einem starken nachhaltigen Wachstum leisten und auch international Standards setzen. Die Zukunft der sächsischen Wirtschaft muss nachhaltig, gerecht, effizient und krisenfest gestaltet werden - dorthin wollen wir Sachsen gemeinsam bewegen.

Begründung

erfolgt mündlich.